Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2,50, durch die Post Mk. 2,75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Annahmestellen v. Vorm. bis 3 Uhr Nachm., Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., [illegible] 30 Pf. Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen [illegible] für Familiennachrichten ec.) 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Photographische
Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, Bodenbach i. B.
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Weihnachts-Neuheiten
in
Phogr.-Albums, Damentaschen, Portefeuillewaaren
empfohlen in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

WEIN-Handlung -Stuben *
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

„Perfectio", Dr. med. Wolfermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei
M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22b.

Nr. 347. Spiegel: Krisis in Oesterreich. Hofnachrichten. Reichstagssitzung. Landtagsverhandlungen. Brühl'sche Terrasse. Weihnachtsschau. Kammermusik. Illustr. Goethe's Gedichte. | Muthmaßliche Witterung: Warm, trocken. | **Mittwoch, 15. Dezember 1897.**

Politisches.

Seit den Tagen, als Kaiser Franz Josef vor 49 Jahren die Herrschaft übernahm, hat die habsburgische Monarchie keine so schwerwiegende Krisis erlebt wie die gegenwärtige. Erst jetzt, wo eine wohlthätige Kampfespause eingetreten ist, beginnt man zu ermessen, daß das Badeni'sche System und die polnisch-czechische Regierungsmehrheit den österreichischen Staat bis in seine Grundvesten erschüttert hat. Seit Jahren sind die föderalistischen Bestrebungen nicht mehr so bedrohlich in den Vordergrund getreten wie unter dem Einfluß der Badeni'schen Politik. Die Czechen verlangen von Neuem unter offener Hervorkehrung ihres panslavistischen Endzieles die Herstellung des Reiches der Wenzelskrone aus seinen drei Bestandtheilen Böhmen, Mähren und Oesterreich-Schlesien und die Deutschen Böhmens erheben jetzt die Forderung der administrativen Theilung des Landes mit einer Hauptstadt für Deutschböhmen. Auch jenseits der Leitha treten die Wirkungen der Krisis zu Tage. Handelt es sich doch nicht blos um den Ausgang des Kampfes, den das Deutschthum in Cisleithanien um sein nationales Dasein zu führen hat, sondern zur Entscheidung steht zugleich die für die internationale Machtstellung des ganzen Doppelreiches bedeutsame Frage, ob das Fundament, das die beiden Hälften verbindet, erhalten oder beseitigt werden soll. Die Unfähigkeit des österreichischen Parlaments, auch nur den provisorischen Wirthschaftsausgleich mit Ungarn in der verfassungsmäßigen Form zu erledigen, hat die Bestrebungen derjenigen österreichischen und magyarischen Politiker ermuthigt, deren Ziel die wirthschaftliche Trennung und die Personalunion oder gar noch darüber hinaus die vollständige Lösung Ungarns von Oesterreich ist. Die Auflösung der wirthschaftlichen Einheit würde auch die Gefahr der Zerstörung der politischen Einheit heraufbeschwören.

So verfahren ist die Situation, die Graf Badeni seinem Nachfolger überlassen hat, daß dieser zunächst nicht weiß, wie er den Staatswagen wieder in fahrbare Gleise bringen soll. Vorläufig steht dieser still. Die Verhandlungen, die zwischen dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Gautsch und den Parteien geführt worden sind, um den Weg einer Verständigung anzubahnen, haben kein Ergebniß gehabt; weder hat man sich zu einigen vermocht, wie die Wiederaufnahme einer normalen parlamentarischen Arbeit zu ermöglichen ist, noch wie der prinzipiellen Forderung der Deutschen nach Beseitigung der Sprachenverordnungen Rechnung getragen werden soll. Der Leiter der neuen Regierung steht hier freilich vor einer Aufgabe, die fast unüberwindliche Schwierigkeiten bietet. Am leichtesten wäre die Lösung, wenn der Knoten der Verwickelungen einfach dadurch durchgehauen worden wäre, daß Freiherr von Gautsch die unseligen Sprachenverordnungen, welche die Krisis verursacht haben, aufgehoben hätte. Aber von dieser Lösung hat ihn vielleicht die naheliegende Befürchtung zurückgehalten, daß dann die bisherige slavisch-klerikale Regierungsmehrheit in die Opposition gedrängt werden würde. Und wer weiß, ob diese Opposition nicht schließlich zu derselben Obstruktion übergegangen wäre, die soeben zu der parlamentarischen Anarchie geführt hat. Haben doch die Polen und die Czechen zur Genüge gezeigt, daß sie vor keinem Mittel zurückschrecken, um das Deutschthum zu unterdrücken. Andererseits mußte sich Freiherr v. Gautsch von vornherein sagen, daß alle Unterhandlungen mit der Linken fruchtlos sein müssen, so lange die Sprachenverordnungen in Kraft bleiben. Hatten doch die Deutschen bereits vom Grafen Badeni das Zugeständniß zu erzwingen gewußt, daß die Sprachenverordnungen eine verfehlte Maßregel gewesen sei; und nun sollten sie ihrerseits das Zugeständniß machen, daß diese Maßregel in ihrem wesentlichen Theile fortbesteht, und zwar so lange, bis im Wege der Gesetzgebung die leitenden Grundsätze einer Ordnung in den Sprachenangelegenheiten würden festgelegt werden. Mit diesem Ausgleichsvorschlag, der in der Hauptsache bis auf unabsehbare Zeit Alles beim Alten läßt, konnten sich die deutschen Parteien nicht einverstanden erklären, wenn sie nicht den Eindruck erwecken wollten, daß sie unmittelbar nach dem Siege, den sie über Badeni erfochten hatten, bereit seien, zu kapituliren. Die Ausgleichsverhandlungen haben vielmehr von Neuem dargethan, daß mit Ausnahme einer ultramontanen Gruppe alle Vertreter des Deutschthums, so unüberbrückbar auch sonst die Parteiunterschiede sein mögen, in dem Kampfe um die gemeinsamen nationalen Interessen einig sind und einig bleiben wollen. Das ergiebt sich aus den Kundgebungen, welche die Parteien der Linken nach dem Scheitern der Verhandlungen an die Wähler gerichtet haben. Auch der verfassungstreue Großgrundbesitz, der das österreichische Staatsbewußtsein als den Leitstern seiner politischen Handlungen ansieht, hat mit erfreulicher Entschiedenheit erklärt, daß die Regierung die Staatsangelegenheiten nur in geordneten und gerechten Bahnen zu erhalten im Stande ist, wenn sie die durch die Sprachenverordnungen geschaffene Situation beseitigt. So lange die Regierung nicht die staatsbürgerliche Stellung der Deutschen in Böhmen durch unzweideutige Maßregeln sicherstellt, erscheint die Möglichkeit ausgeschlossen, ein arbeitsfähiges Parlament herzustellen und das Ausgleichsprovisorium mit Ungarn auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande zu bringen.

Da die neue Wiener Regierung auf die Wiedereinberufung des Reichsraths vorläufig verzichtet hat, so war sie gezwungen, das Ausgleichsprovisorium im Nothverordnungswege in Kraft zu setzen. In Ungarn hatte der Reichstag bereits vor mehreren Wochen eine Vorlage genehmigt, welche die Verlängerung des status quo der gemeinsamen wirthschaftlichen Angelegenheiten auf die Dauer eines Jahres aussprach. Aber die Genehmigung war unter der ausdrücklichen Voraussetzung erfolgt, daß auch in Oesterreich eine ähnliche Vorlage vor Jahresschluß durch parlamentarische Beschlußfassung zu Stande komme. Da aber der Wiener Reichsrath eine solche Vorlage nicht zu beschließen vermochte, so hat sich die ungarische Regierung genöthigt gesehen, dem Budapester Parlament einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine selbstständige Regelung des wirthschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich vorsieht, zunächst wieder nur für die Dauer eines Jahres. Aber der Unterschied mit der ersten Ausgleichsvorlage besteht darin, daß diesmal der Fall in's Auge gefaßt wird, daß in Oesterreich auf längere Zeit nicht mehr konstitutionell regiert werden kann. Wenn nämlich die Vereinbarungen über den definitiven Ausgleich im österreichischen Parlament bis zum 1. Mai nächsten Jahres nicht eingebracht sein sollten, so wird die ungarische Regierung ihr wirthschaftliches Verhältniß zur anderen Hälfte der Monarchie selbstständig regeln. Ein hervorragender österreichischer Parlamentarier hat kürzlich die Warnung ausgesprochen: „Das staatsrechtliche Verhältniß mit Ungarn ist für immer gelöst, wenn das Ausgleichsprovisorium nicht auf parlamentarischem Wege zu Stande kommt." Jedenfalls wird das Zustandekommen des definitiven Ausgleichs durch diese zweite ungarische Ausgleichsvorlage nicht gefördert; schon aus dem Grunde nicht, weil der österreichische Reichsrath, wenn er wieder arbeitsfähig werden würde, gezwungen sein würde, die Verlängerung der bestehenden Beitragsquote für die gemeinsamen Ausgaben, die zur Zeit für Oesterreich 68,6 Prozent, für Ungarn 31,4 Prozent beträgt, zu genehmigen, wenn nicht der ganze Ausgleich unmöglich werden sollte. Diesseits der Leitha besteht aber schon jetzt ein kaum noch zu überwindender Widerstand gegen die durchaus ungerechtfertigte Höhe der Beiträge, die Oesterreich zu den gemeinsamen Lasten getragen hat. Unter diesen Umständen wächst die Gefahr, daß die Forderung der magyarischen Unabhängigkeitspartei, die Regierung und die Parlamentsmehrheit möge die Gelegenheit benutzen, um Ungarn von der österreichischen Reichshälfte wirthschaftlich unabhängig zu machen, der Verwirklichung näher gerückt wird. Mit der wirthschaftlichen Selbstständigkeit Ungarns würde aber unausbleiblich eine bedenkliche Erschütterung der dualistischen Grundlage der habsburgischen Monarchie verbunden sein. So zeigt sich, daß auch die Lösung der Aufgabe, zu der Graf Badeni von seinem kaiserlichen Herrn in erster Linie berufen worden war, den Ausgleich mit Ungarn zu bewerkstelligen, durch die innerpolitische österreichische Krise in bedrohlicher Weise erschwert worden ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. Dezember.

* **Rom.** (Stefani-Meldung.) Da die weiteren Verhandlungen di Rudini's mit der Frage der kommenden politischen Persönlichkeiten vollen Erfolg gehabt haben, ist das neue Ministerium nunmehr wie folgt zusammengesetzt: di Rudini Präsidium und Inneres, Zanardelli Justiz, Visconti Venosta Aeußeres, Brin Marine, Branca Finanzen, Luzzatti Schatz, di San Marzano Krieg, Gallo Unterricht, Pavoncelli Oeffentliche Arbeiten, Cocco-Ortu Ackerbau, Sineo Post und Telegraphen.

Berlin. Reichstag. Das internationale Abkommen über einige Fragen des internationalen Privatrechts wird in dritter Lesung definitiv genehmigt und dann die erste Lesung des Etats fortgesetzt. — Abg. Rickert (Freis. Volksp.): Herr v. Leipziger hat behauptet, daß unter Caprivi das Ansehen des Reiches gesunken sei. Ich verstehe nicht, warum darauf keine Antwort vom Bundesrathstisch erfolgt. Graf Caprivi ist zu vornehm, um auf solche Angriffe zu antworten. Der Abschluß der Handelsverträge, das bleibende historische Verdienst Caprivi's, ist auch von höchster Stelle anerkannt worden. Graf Caprivi ist nicht unser Parteimann, aber wir hoffen, daß auch die gegenwärtige Regierung seine „rettende That, sein weltgeschichtliches Werk" nicht wird in Trümmer gehen lassen. Was die Finanzreform anlangt, so werden wir an der clausula Frankenstein festhalten, so lange nicht ein anderer konstitutioneller Ersatz dafür geboten wird. Mit Dr. Lieber bin ich darin einig, daß wir Garantien dafür haben müssen, daß, wenn später noch neue Steuern nöthig werden sollten, nicht etwa die schwächere Schulter belastet wird. Die verklausulirten Erklärungen des Grafen Posadowsky über die Handelsverträge haben mich nicht beruhigt, ich befürchte vielmehr, daß die Regierung nur allzu geneigt ist, den Agrariern nachzugeben. In den Personen, welche jetzt den vorbereitenden wirthschaftlichen Ausschuß bilden, können wir keine sachgemäße Vertretung aller Interessen der Bevölkerung erblicken, es fehlt vor Allem eine Vertretung der Interessen der Konsumenten. Trotz aller üblen Erfahrung — jetzt springt sogar Rußland ab — pflanzte Herr v. Kardorff gestern wieder am Grabe des Bimetallismus die Fahne der Hoffnung auf, auch gegen die Reichsbank kämpfte er wieder, obwohl diese in ihrer Bankpolitik durchaus recht hat. Der preußische Vereinsgesetzentwurf ist Gott sei Dank nicht angenommen worden, aber geregelt muß diese Frage werden. Der Reichskanzler hat sein Wort dafür eingesetzt, warum zögern Sie, endlich das vom Reichstag beschlossene Nothvereinsgesetz anzunehmen? Wenn die Sozialdemokraten am Ruder wären, würden sie über die Flottenfrage ganz anders denken; mit der Richtung, welche die Marinevorlage einschlägt, sind sie im Großen und Ganzen einverstanden. Wenn Frankreich, Rußland und auch Staaten zweiten und dritten Ranges fortgesetzt Panzerschiffe bauen, wie könnte Deutschland es verantworten, wenn es im Hintertreffen bliebe. Die Frage der Schlachtschiffe ist auch eine Frage der Vertheidigung unserer Küsten, denn — den Kriegsminister in Ehren — unsere Küstenbefestigungen sind nicht im Stande dem Ansturm feindlicher Schiffe zu begegnen. Die Konservativen und die Regierung haben sich übrigens früher gar nicht so freundlich zu den Panzerschiffen gestellt. Abg. Graf Herbert Bismarck hat hier einmal gesagt: „Nebenbei bemerkt, ist die Passion der Herren Rickert und Richter für Panzerschiffe nicht gerade außerordentlich wohlfeil zu haben." Daß das Nothwendige geschehen muß, haben auch Auer und Bebel anerkannt, indem Auer auf dem letzten Parteikongreß unter Berufung auf Bebel gemeint habe: Wenn wir schon einmal Militär haben, so müssen wir auch dafür sorgen, daß unsere Waffen nicht schlechter sind als die des Auslandes. v. Leipziger erwähnte den Bauernverein „Nordost". Nun, die Herren rechts, die Großgrundbesitzer, sind in dem Kampfe, den wir mit ihnen führen, jetzt schon auf der Retirade. (Stürmische Heiterkeit.) Fürst Hohenlohe, der selbst einer der größten Grundbesitzer ist, hat anläßlich des Antrags Kanitz gesagt, daß von den 19 Millionen Landwirthen mindestens 15 Millionen kein Interesse an dem Kornzoll hätten. Angesichts des Vorgehens des Landraths v. Puttkamer in Stolp gegen die Versammlung des Vereins „Nordost" bedarf es einer wirklichen Minister- und Beamtenverantwortlichkeit. Die Unzufriedenheit im Lande ist groß, namentlich auch weil der Bund der Landwirthe alles so schwarz schildert. Gegen solche Hetzereien ist die Sozialdemokratie der reine Waisenknabe. Ein Agrarierthum, wie wir es heute haben, wäre freilich nicht möglich, wenn nicht der Liberalismus in sich so gespalten wäre. — **Kriegsminister v. Goßler** antwortet auf eine Anfrage des Vorredners: Es liegt nicht in der Absicht, nach Ablauf des Quinquennats die gegenwärtige Zeit der Dienstpflicht zu ändern. Es haben sich keine Erscheinungen gezeigt, welche das nothwendig machen würden. (Hört, hört.) Es ist hier der Befürchtung entgegenzutreten, daß eine Vermehrung der Infanterie-Bataillone erfolgen solle, eine solche Absicht liegt nicht vor. Dringendes Bedürfniß wäre aber eine anderweite Organisation der Feld-Artillerie. Wir scheuen uns nicht, mit einem solchen Vorschlag an Sie zu kommen, da der Reichstag solche sächliche Fragen stets ruhig gewürdigt hat. — Abg. **Paasche** (nat.-lib.) erwiedert dem Abg. Rickert, daß die Agrarier nur ihre berechtigten Interessen vertreten. Abg. Bebel ist im Irrthum, wenn er von einer Vernachlässigung der Kulturzwecke spricht. Was sollte aus Letzteren werden, wenn wir unsere Landesvertheidigung vernachlässigten. Auch fallen die Kosten des Militärs durchaus nicht so hauptsächlich den Arbeitern zur Last, wie Bebel behauptet. Flottenenthusiasten sind wir nicht aus Interesse, sondern aus innerer Ueberzeugung. Die Sozialdemokraten wollen keinen Unternehmergewinn; aber in der Industrie arbeitet nicht nur das Großkapital, sondern das Kapital von Millionen kleiner Leute, die durch den Rückgang der Rente schwer leiden. Und wie oft steht der Arbeiter nicht viel besser und gesicherter da, als der Unternehmer. Ohne Arbeiterhände keine Industrie; aber für sein Kapital und seine Intelligenz, die Arbeitskraft an die rechte Stelle zu bringen, darf der Arbeitgeber mit Recht einen Unternehmergewinn beanspruchen. Auf der Linken spricht man von einem Fiasko der agrarischen Geschäfte mit Unrecht. Mit dem Verbot des Getreideterminhandels ist der Landwirth ganz zufrieden; die Getreidepreisentwickelung ist zufriedenstellend. Sie sagen, der Handel sei auch zufrieden mit dem Gesetz; weshalb sind Sie dann dagegen? Die Klage der Landwirthe über Mangel an Arbeitern ist durchaus begründet. Daß die Sozialreform nicht stocke, wünschen auch wir; aber der Fortgang muß ein ruhiger sein. Redner tritt ferner dem Verlangen des Abgeordneten Kardorff nach Doppelwährung entgegen. Gesund sei nur eine Finanzreform, die, wie das frühere Projekt der Reichsregierung, eine reine Scheidung zwischen Reichs- und einzelstaatlichen Finanzen in's Auge fasse. Erwünscht wäre es, wenn die Heeresverwaltung bei der Ernährung der Soldaten dem Zucker einen größeren Platz einräumen wollte. Befremden erregt das Experimentiren in den Formen der Gepäckstücke wie Tornister, Patronentasche u. s. w. Wenn jetzt für die Umarbeitung der Bestände Millionen gefordert werden, so wird die Kommission das so gfältig zu prüfen haben. Redner fragt an, wie es mit den Handelsvertragsverhandlungen mit England und Amerika stehe und bittet, bei den Vereinigten Staaten darauf zu dringen, daß daselbst unsere Zuckereinfuhr entsprechend günstiger behandelt werde, wie die für andere Staaten, welche höhere Ausfuhrprämien zahlten, als wir, wenngleich allerdings in Gestalt indirekter Prämien. — **Staatssekretär Graf Posadowsky:** Die Grundlage für die Verhandlungen mit England und Amerika sind von dem Herrn Reichskanzler festgestellt worden. Jetzt ist die Sache zur weiteren Erledigung an das auswärtige Amt gegangen; sie befinden sich also in einem Stadium, welches weitere Mittheilungen einstweilen nicht gestattet. — Der Staatssekretär rechtfertigt sodann die Zusammensetzung des wirthschaftlichen Ausschusses. Der jetzige Zolltarif sei veraltet. Selbstverständlich würden später auch noch andere Sachverständige, auch Handwerker, vielleicht auch Arbeiter gehört werden, aber diese doch nur über einzelne Fragen, z. B. Produktionskosten, aber nicht über Fragen des internationalen Verkehrs. Einstweilen komme es auf Informationen allgemeiner Natur an. Wenn man den Vorwurf erhoben habe, daß so viel Landwirthe in den Ausschuß berufen seien, so verweise er auf die gegenwärtigen heftigen landwirthschaftlichen Bewegungen und auf das Stichwort „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer", und da müsse doch geprüft werden, welche Forderungen der Landwirthschaft berechtigt und mit den berechtigten Forderungen der Industrie und des Handels verträglich seien. Insoweit sich die Berechtigung dazu herausstelle, werde man nicht umhin können, der Landwirthschaft einen höheren Schutz zu gewähren. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. **Zimmermann** (Ref.): Der Vorwurf Bebels, daß die Bäckermeister durch lügnerische Angaben gegenüber den Behörden die Bäckereiverordnung zu umgehen suchten, muß zurückgewiesen werden. Was würde der Abg. Bebel dazu sagen, wenn wir von lügnerischen Angaben der Bäckergesellen reden wollten. Jedenfalls beweisen die geringen Erfolge der sozialdemokratischen Genossenschaftsbäckereien, daß die Bäckermeister ihr Geschäft besser verstehen, als die Genossen. Von den militärischen Garnisonbäckereien und Schlächtereien könnte auch mehr Rücksicht auf die Interessen der Handwerker genommen werden. Die Zunahme der Juden in den Städten sei doppelt so groß als auf dem Lande. Das beweise, daß die Juden sich produktiver Arbeit nicht zuwenden. Man soll durch behördliche Verordnungen dafür sorgen, daß die Juden vom Lehramt an christlichen Schulen und Kassenarztstellen fern gehalten werden. Was die Gefährdung des Petroleumhandels anlange, so wäre es vielleicht gut, ein Gesetz gegen den Waarenwucher zu machen. Werden neue Steuern nothwendig, so werden wir nur direkte Steuern bewilligen. Gegen irgend eine Deckung der Marinekosten durch eine Vermögens- und Reichseinkommensteuer haben wir nichts einzuwenden. Wir können es nicht verstehen, daß man uns nicht gestatten will, unserer Sympathie Ausdruck zu geben für unsere Stammesbrüder in Oesterreich, die wegen ihrer deutschen Muttersprache in Bedrängniß sind. Ist es richtig, daß die sächsische Regierung eine polizeiliche Sperrung der Grenze zugesagt hat, um zu verhindern, daß Deutsche aus Oesterreich herüberkommen, um hier ein deutsches Wort zu sprechen? Die bayerische Regierung hat ein solches Ansinnen abgelehnt. In Berlin ist Sachsen noch überflügelt worden, indem man hier mit allen Machtmitteln und Chicanen eine Kundgebung unserer deutschen Brüder in Oesterreich verhindert hat. Uns aber verbindet mit unseren deutsch-österreichischen Brüdern das gleiche Gefühl auch dann, wenn es nicht in den Rahmen der höfischen Politik paßt. — Abg. Freiherr **v. Hodenberg** (Welfe): Das Deutsche Reich will an Oesterreich nur dann einen zuverlässigen Bundesgenossen haben, wenn

Wasche mit Grosser's Waschstein!
Stück 10 Pf. [illegible]